

Paibacher Zeitung.



Pränumerationspreis: Mit Postversendung: ganzjährig fl. 16, halbjährig fl. 7.50. Im Comptoir: ganzjährig fl. 11, halbjährig fl. 6.50. Für die Zustellung ins Haus ganzjährig fl. 1. — Inserationsgebühren: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 26 kr., größere per Zeile 6 kr.; bei öfteren Wiederholungen pr. Zeile 3 kr.

Die „Paibacher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Administration befindet sich Bahnhofsstraße 16, die Redaction Wienerstraße 15. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen und Manuscripte nicht zurückgestellt.

Mit 1. Februar

beginnt ein neues Abonnement auf die

Paibacher Zeitung.

Die Pränumerations-Bedingungen bleiben unverändert und betragen:

Für die Versendung mittelst Post:

ganzjährig	15 fl. — kr.
halbjährig	7 „ 50 „
vierteljährig	3 „ 75 „
monatlich	1 „ 25 „

Für Laiboch:

ganzjährig	11 fl. — kr.
halbjährig	5 „ 50 „
vierteljährig	2 „ 75 „
monatlich	— „ 92 „

Für die Zustellung ins Haus per Jahr 1 fl.

Die Pränumerations-Beträge wollen portofrei zugesendet werden.

Jg. v. Kleinmayr & Fed. Bamberg.

Ämtlicher Theil.

Der Ministerpräsident als Leiter des Ministeriums des Innern hat den mit dem Titel und Charakter eines Statthaltereisecretärs bekleideten Bezirkscommissär bei der Statthalterei in Graz Heinrich Freiherrn von Hammer-Burgstall, dann die im Ministerium des Innern in Verwendung stehenden Bezirkscommissäre Dr. Ernst Ritter von Seelig, Moriz Grafen Vetter von der Lilie und Heinrich Grafen Attems zu Ministerial-Vicesecretären im Ministerium des Innern ernannt.

Der Ministerpräsident als Leiter des Ministeriums des Innern hat den im Ministerium des Innern in Verwendung stehenden Bezirkscommissär Dr. Ludwig Thomann Edlen von Montalmar zum Regierungsscretär in Krain ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Zur Situation.

Der ungarische Ministerpräsident, Herr von Tisza, hat die an ihn über die Politik der Monarchie nach außen und die allgemeine Lage gerichteten Interpellationen der Abgeordneten Helfy und Perczel beantwortet. Er that dies nicht, ohne vor jener Geschäftigkeit

Feuilleton.

Zur Duell-Frage.

Vor kurzem erschien ein Buch, das die Reihe der gegen das Duell gerichteten Schriften in wertvoller Weise vermehrte. «Das Wesen des Duells und ein Reformvorschlag» — so betitelt sich diese actualle Streitschrift, die auf ihrem Titelblatte Dr. Adolf Ritter von Ofenheim als Verfasser anführt und im Manz'schen Verlage in Wien erschienen ist. Es verlohnte sich der Mühe, die eingehenden Untersuchungen, welche das Duell in diesem Buche erfährt, bis ins Detail zu verfolgen und schließlich die positiven Vorschläge für Einrichtungen zu überblicken, welche der Autor an die Stelle des jetzigen Mittels, Ehrenhändel auszutragen, setzen will.

Wenn es auch an dieser Stelle nur möglich ist, ein oder das andere Moment aus dem Zusammenhange des reichen Materials herauszugreifen, auf Grund dessen das Buch zu der Lösung seines Problems kommt, so dürfte dies doch genügen, um die ebenso anziehende als erschöpfende und zum Theile sehr originelle Art erkennen zu lassen, in welcher der Verfasser den schon wiederholt erörterten Gegenstand behandelt.

Es ist naheliegend, dass eine kritische Prüfung der rechtlichen und sittlichen Natur des Duells von der Unternehmung des Begriffes der Ehre und desjenigen der Beleidigung ausgeht. Da ist es nun sehr bemerk-

zu warnen, welche in möglichst weitwendigen Interpellationen über schwebende Angelegenheiten eine Bethätigung parlamentarischer Berufspflicht erblickt und welche den Minister durch einen ganzen Complex von Fragen gleichsam in die Zwangslage versetzen möchte, sich über all das auszusprechen, was entweder die Parteien oder die Publicistik am meisten occupirt. Herr von Tisza, bei dem niemand eine Unterschätzung des Parlamentarismus annehmen kann, konnte mit gutem Grunde auf die Beispiele anderer, nicht minder constitutionell regierter Staaten verweisen, in denen bei solchen Anlässen eine Zurückhaltung so lange beobachtet wird, als sie durch wichtige öffentliche Interessen geboten erscheint. Und doch scheint es, als wenn dieser Hinweis des Herrn von Tisza auf die Gepflogenheit anderer Länder nur den Zweck gehabt hätte, die Grenzen des Interpellationsrechtes in principieller Weise zu fixieren und vielleicht für die Zukunft einer übermäßigen Ausartung desselben vorzubeugen, denn, insoweit der meritorische Inhalt der Erklärungen des ungarischen Ministerpräsidenten in Betracht kommt, hat derselbe offen und ohne jeden Rückhalt alle charakteristischen Merkmale der momentanen Lage zur Kenntnis des Hauses gebracht und den Reichstag in die Lage gesetzt, dieselbe nach ihrer wahren Beschaffenheit zu beurtheilen.

Eine kühnere, objectivere und hinsichtlich aller wesentlichen Umstände vollständigere Aufklärung über die Situation könnte weder gefordert werden, noch wäre sie überhaupt möglich, da sich in der Rede des Herrn von Tisza alle Merkmale vorfinden, welche zu dem Gesamtbilde gehören. Soweit als möglich vermied auch der ungarische Ministerpräsident jede Verschlebung subjectiver Momente, und aus jedem seiner Worte spricht das Bemühen, die Nation und die seine Antwort mit gleicher Spannung erwartenden Völker Oesterreichs vollkommen zu informieren und ihnen die Möglichkeit zu einer ruhigen und richtigen Auffassung der Gesamtlage zu verschaffen, in welcher sich gegenwärtig nicht etwa unsere Monarchie allein, sondern das gesammte Europa befindet.

Nachdem Herr von Tisza das Märchen über Conflicte abgethan hatte, die Graf Kalnothy in Befolgung seiner Politik zu überwinden gehabt hätte, und ebenso die Fabel von einer Differenz zwischen dem ungarischen Premier und dem Kriegsminister widerlegte, constatirte er die Thatsache, welche den ersten Anstoß zur Beunruhigung ertheilt hat und nunmehr auch den anderen Staaten die Pflicht der Wachsamkeit auferlegt. Diese ist bekanntermaßen ausschließlich militärischer Art. Der ungarische Ministerpräsident verband auch diese Maß-

nahmen mit keinerlei politischen Zwecken. «Russland nimmt», so erklärte Herr von Tisza — eine «einschneidende Dislocation» und «Verlegung seiner Truppen gegen Westen vor.» Die Durchführung dieses seit längerer Zeit bestehenden Planes «ist in neuerer Zeit in größerem Maßstabe an unseren Grenzen erfolgt.» Aber der Minister setzt nicht den geringsten Zweifel in die friedfertigen Erklärungen des Rescriptes des Kaisers Alexander, und er nimmt auch die Versicherungen der russischen Presse zur Kenntnis, dass diese militärischen Dispositionen Russlands keinen kriegerischen, keinen aggressiven Tendenzen dienen. Für uns erwachse daraus lediglich die Pflicht, dafür zu sorgen, dass bei aller Vermeidung irgend einer Provocation alles geschehe, was die Sicherheit unserer Grenzen erfordert. Wir müssen demnach bestrebt sein, militärisch in einer gleichen Beschaffenheit zu bleiben, wie unser Nachbarstaat.

Es hat daher in dieser Richtung die Situation seit dem Augenblicke keine Aenderung erfahren, da die in Russland vorgenommenen Dislocationen uns zum erstenmale die Pflicht der Wachsamkeit auferlegt haben. Diese nicht erlahmen zu lassen und gleichzeitig unter Aufrechthaltung der ohnehin bekannten vertragmäßigen Principien unserer Politik, mit den anderen Mächten für den Frieden einzustehen, ist alles, was wir thun können, und alles, was unserer Monarchie obliegt. Die friedlichen Ziele unserer Monarchie, die von jedem Eigennutze weit entfernten Absichten des Reiches, welches im Vereine mit seinen Verbündeten nur den geltenden europäischen Rechtszustand zu bewahren bemüht ist, betonte Herr von Tisza neuerdings in so energischer Weise, dass wohl alle ferneren Unterstellungen der uns feindseligen Presse, an deren Belehrung zu anderen Anschauungen wir nicht leicht glauben können, ohne Eindruck verhallen werden. Wir lechzen nach keiner «Ausdehnung unseres Einflusses» im Oriente, wir verspüren keinen Länderhunger. Wir kennen keinen anderen Boden für unsere Politik, als den der Verträge, und verfolgen kein anderes Ziel, als die friedliche Erhaltung vertragmäßiger Zustände.

Diese klare und feste Darlegung der Politik unserer Monarchie, deren loyaler und freundlicher Charakter den Wünschen aller Völker des Reiches entspricht, wird überall mit gleichem Dank und Beifall aufgenommen werden, wie nicht minder die entschiedene Betonung der Festigkeit und Lauterkeit unseres Bündnisses. Alle Insinuationen, welche in der Absicht erfolgen, Misstrauen zwischen uns und unseren Alliierten zu erwecken, die Zuversicht in dieselben zu erschüttern, wies Herr v. Tisza ebenso zurück, wie die Versuche, uns «ein einseitiges Pactieren» nahezu legen. Jeder

den seltensten Fällen mit den Absichten des Beleidigten übereinstimmt. Dazu kommt, dass das Gesetz den Zweikampf, auch wenn er zu schwerer Verletzung oder gar zu tödlichem Ausgange geführt hat, als ein besonderes Delict auffasst, ihn nicht als Mord, sondern als Todtschlag behandelt und sogar eine privilegierte Strafe insofern anzuwenden geneigt ist, als wenigstens der Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches übereinstimmend mit dem deutschen Reichs-Strafgesetze nicht strecker, sondern das nicht infamierende Staatsgefängnis, respective Festungshaft für die Duellanten bestimmt.

Eine ebenso herbe, ja vernichtende Kritik müssen sich diejenigen Bestimmungen in der bestehenden Gesetzgebung gefallen lassen, welche sich auf die Secundanten beziehen. Mit Recht werden alle diese Momente als solche aufgefasst, welche die Fortdauer des Duells außerhalb des Gesetzes befördern, ja sogar verlangen. Daneben ist es eine durch die Erfahrung erprobte und allseitig bekannte Thatsache, dass auch auf dem außergerichtlichen Wege des Zweikampfs eine wirkliche und befriedigende Genugthuung nicht zu erlangen ist.

Der Verfasser kommt zu dem Schlusse, dass die Frage der Beleidigung wie der Genugthuung im materiellen Rechte nicht zu lösen ist, sondern eine Remedur nur im Gerichtsverfahren finden könne. Es müsse dahin kommen, dass die legale gesellschaftliche Selbsthilfe an die Stelle der illegalen, individuellen im Duelle trete. Dies sollte erfolgen durch die Einsetzung von «Freigerichten». Dieselben Secundanten, welche bisher

solchen Action entzog der ungarische Ministerpräsident den Boden durch die kategorische Erklärung, daß niemand an der Aufrichtigkeit und der Bundestreue der zur Aufrechthaltung des Friedens und zu ihrer eigenen Sicherheit vereinigten Liga zweifeln könne. Wenn wir auch unsererseits von der Innigkeit und Festigkeit des Bundes stets überzeugt waren, so gewinnt doch die Erklärung des Herrn v. Tisza eine erhöhte Bedeutung angesichts des Umstandes, daß es nicht an Versuchen fehlt, die gegenseitige Zuversicht zu erschüttern, an Versuchen, die nur von jenen ausgehen können, für welche diese Liga den mächtigsten Wall gegen den Durchbruch unklarer und deshalb gefährlicher Tendenzen bildet. Denn dieser Bund ist und bleibt ein Friedensbund, der seinerseits jede gewaltsame Lösung bestimmter politischer Fragen und jedes aggressive Vorgehen vermeidet, aber ebenso allen Tendenzen im Wege steht, welche die von ihm perhorrescirten Pfade zu betreten gesonnen wären.

Herr v. Tisza verweist im Anschlusse daran, daß auch von hoher Stelle in Rußland die friedlichsten Absichten verkündet worden sind, und er gründet darauf die Hoffnung, «es werde den friedliebenden Monarchen und den Regierungen gelingen, den Frieden zu erhalten und Europa von dem schwer auf demselben lastenden Gefühle der Unsicherheit zu befreien.» Herr v. Tisza sprach keine subjectiven Erwartungen aus. Von dem Streben erfüllt, den Reichstag und die Nation mit der wahren Sachlage bekannt zu machen, stellt er die Thatfachen und die Grundlagen der Politik fest und knüpft daran die Hoffnungen, zu denen ihm die Friedensliebe aller Monarchen und aller Regierungen ein volles Anrecht verleiht. Daß aber die Zuversicht schon so weit berechtigt wäre, daß der Friede ohne jede fernere Stütze und ohne stete Sorgfalt seitens der Cabinete von selbst ferner gedeihen könnte und vermöge seiner Nothwendigkeit für die Völker allein schon gegen alle Gefahren gesichert wäre, das ergibt sich freilich aus der gegenwärtigen Lage noch keineswegs.

Noch bedarf der Friede eines starken und wachsamem Schutzes «gegen manche zur Zwietracht und zum Kriege treibende Elemente», welche die Uebermacht über ihn leicht gewinnen könnten, wenn die ihn umgebenden Bollwerke nicht stark wären und im Bedarfsfalle überdies nicht noch stärker werden könnten. Diese Schutzwerke sind die militärischen, dem Sicherheitsbedürfnisse der Reiche adäquaten Kräfte und die Friedensliga. Diese verleihen uns, verleihen auch unseren Alliierten die Möglichkeit, unter ungestörter Festhaltung der loyalen vertragsmäßigen Politik der Zukunft kühl entgegenzusehen, jede Fluctuation der Ereignisse mit ruhiger Ueberlegung in Betracht zu ziehen, ohne eine Veranlassung, uns einer Beängstigung hinzugeben, und ohne Neigung, die den Verhältnissen entsprechende Wachsamkeit und Sorge für die eigene Kraft in optimistischer Zuversicht aufgehen zu lassen.

Interpellation des Abgeordneten Kun.

Im Abgeordnetenhanse des Reichsrathes gelangte am vergangenen Freitag eine Interpellation der Abgeordneten Kun und Genossen an den Herrn Handelsminister zur Verlesung. Die Interpellanten berufen sich auf die im krainischen Landtage stattgehabte Verhandlung über die Petition der Gemeinde Sagor, welche auf eine Intervention der Regierung zur Abwendung der durch die Auflassung der Kohlenwerke in Sagor den betreffenden Gemeinden und der dortigen Bevölkerung drohenden Ge-

unstreitbar Theilnehmer an einer verbrecherischen Handlung gewesen sind, sollten demnach die Bestimmung haben, den Beleidiger vor das Freigericht zu fordern, der zu demselben zwei Zeugen namhaft zu machen hätte. Alle Zeugen müßten sodann einen Obmann wählen, der bei Stimmgleichheit mit seinem Botum den Ausschlag geben würde. Der Vorschlag des Autors ist, wie er selber bemerkt, nicht ohne vorgängiges Beispiel. Schon jetzt bestehen für einzelne Stände solche «Ehrengerichte», wenn sie auch nicht mit jenen vollwertigen Attributen ausgestattet sind, wie das «Freigericht».

Man muß nach der Lectüre des Buches zugeben, daß der Verfasser sich auch gegen eine eventuelle Polemik gegen seine Vorschläge tüchtig zur Wehre setzt. Ohne daß hier versucht werden soll, eine solche aufzunehmen, muß es doch gestattet sein, zu sagen, daß die «Freigerichte» kaum so leicht einzuführen als theoretisch zu entwickeln sind. Ohne Zweifel sind sie in einer ferneren Zukunft bestimmt, Ehrenbeleidigungsdelicte dem gewöhnlichen Forum zu entziehen. Aber ihre Autorität, welche eine factische Genugthuung verschaffen kann, wird unmöglich durch einen gesetzgeberischen Act begründet werden können. Vielmehr werden die Ansätze, welche schon jetzt zu einer ähnlichen Einrichtung bestehen, eine Ausbildung erfahren und allmählich eine unbestrittene Herrschaft gewinnen müssen, so daß der spätere Gesetzgeber nichts anderes zu thun haben wird, als ihr Vorhandensein zu constatieren und sie dem Gesetzbuche einzuverleiben.

— h m —

fahr abzielte. Diese Gefahr sei durch die außerordentliche Tarifbegünstigung heraufbeschworen worden, welche von dem Verwaltungsrathe der Nordbahn über Einflußnahme eines Großactionärs dem David Gutmann für die Beförderung einer sehr bedeutenden Kohlenlieferung aus den Ostrauer Kohlenwerken an die Südbahn bewilligt wurde. Aus der in den Zeitungen publicierten Erklärung des Präsidenten v. Herz gehe hervor, daß er den fraglichen Beschluß mit den Interessen der Bahn für unvereinbar hielt, und weil er durch diese seine Anschauung mit den maßgebenden Großactionären in Widerspruch gerieth, seine Stelle niederlegte. Die Erklärung dieses Schrittes, welcher jedenfalls auf uncorrecte Vorgänge hinweise, sei in dem Umstande zu suchen, daß diese Tarifermäßigung nicht nur eine höchst abnorme und dem allgemeinen Interesse nicht zuträglich, sondern eine nur den Privatinteressen einer einzelnen Unternehmung gewährte Begünstigung sei, und daß sich die Nordbahn bei Gewährung derselben über die diesfälligen gesetzlichen Vorschriften hinwegsetzte, indem sie dieselbe der Generalinspection der Eisenbahnen nicht anders zeigte. Der ganze Vorgang sei bestimmt, die Interessen der nordischen Kohlenwerke zu begünstigen, jene der krainischen und steirischen Montanindustrie zu vernichten, und diesem offenkundigen Mißbrauche müsse die Regierung kraft ihres Aufsichtsrechtes über die Eisenbahn, speciell über die mit einem k. k. Privilegium ausgestattete Nordbahn, steuern. Die Interpellanten stellen demnach mit besonderer Rücksicht auf die beim Kohlenwerke Sagor bereits theilweise eingetretenen Arbeiterentlassungen die Anfrage an den Handelsminister: «Hat die Regierung von allen diesen Vorgängen gehörige Kenntnis und ist sie geneigt, die Abstellung der obwaltenden Mißbräuche zu veranlassen und die Nordbahn zu verhalten, die den Ostrauer Kohlenwerken erteilten vertragswidrigen Begünstigungen aufzuheben?»

Politische Uebersicht.

(Im Budgetausschusse) bekämpfte Doctor Heilsberg bei Berathung des Titels «Justizbudget» die slovenischen Grundbucheintragen. Beim Titel «Strafanstalten» rief die Frage der Strafanstalten eine lebhaftere Debatte hervor. Justizminister Pražák versicherte, daß die Regierung den berechtigten Wünschen der Gewerbetreibenden nach Möglichkeit nachkomme. Hofrath Pichs fügte hinzu, den Strafanstalten wurde unterjagt, einzelnen Parteien Waren zu liefern und förmliche Verkaufsstellen zu errichten, insbesondere bei der Schuhmacher- und Schneiderarbeit. Dafür nahm die Lieferung ärarischer Bedarfsartikel seitens der Strafanstalten zu. Auch zu Wildbachverbauungen wurden Sträflinge herangezogen, ferner sollen die Wildbachverbauungsarbeiten in Oberkrain durch Sträflinge erfolgen. Dr. Heilsberg empfahl, durch Comassierung im Rarentagebiet Sträflings-Colonialstationen zu schaffen, Abgeordneter Hausner sagte, die Befürchtungen der Kleingewerbetreibenden wegen Concurrenz der Strafhäuser seien geradezu lächerlich. Eine größere Debatte entstand auch über die Petitionen der Auscultanten um Gewährung von Adjuten und der Diurnisten sowie der Gerichtsamtbediener um Aufbesserung ihrer Bezüge. Minister Pražák sagte, eine mäßige Erhöhung der Diurnen im Justizressort allein würde 400 000 fl. erfordern. Abgeordneter Rathrein hob den Uebelstand hervor, daß ausgebildete Unterofficiere selbst dem befähigsten Diurnisten bei einer Anstellung vorgezogen werden. Die Petitionen werden der Regierung zur Würdigung abgetreten.

(Confessionelle Schule.) Der Hohenwart-Club beschloß nach längerer Debatte, bei der ersten Lesung für die Zuweisung des Antrages Liechtenstein an einen Ausschuss, jedoch nicht an einen Sonderausschuss, sondern an den Schulausschuss zu stimmen, welcher um zwölf Mitglieder verstärkt werden soll. Die Slovenen erklärten nach einer besonderen Berathung, auf ihre Stimmen könne für den Antrag Liechtenstein nur gerechnet werden, wenn eine Bestimmung aufgenommen würde, daß die Muttersprache die ausschließliche Unterrichtssprache an den Volksschulen zu bilden hat. Diese Bestimmung stand früher im Antrage, wurde jedoch später weggelassen.

(Der oberste Sanitätsrath) hat sich in seiner jüngsten Sitzung unter anderm mit der Frage beschäftigt, ob es sich empfehle, in betreff der erwerbsmäßigen Beschäftigung der Beseitigung von Leichdornen (Hühneraugen) besondere Vorschriften zu erlassen. Einen weiteren Gegenstand der Berathung bildete der Entwurf einer Verordnung für Steiermark, betreffend die Hintanhaltung der Verbreitung ansteckender Krankheiten durch die Schulen.

(Kroatien.) Anlässlich des concreten Falles, daß einem Angehörigen Kroatiens eine Anstellung im Forstfache vom Communicationsministerium bloß aus dem Grunde verweigert wurde, weil derselbe der ungarischen Sprache nicht mächtig sei, constatirten kroatische Oppositionsorgane den Widerspruch zwischen diesem Vorgehen und dem klaren Wortlaute des Ausgleichsgesetzes. Die officiöse «Agramer Zeitung» bemerkt nun, daß man es hier offenbar mit dem Uebergriffe eines untergeordneten Organes zu thun habe, «dessen Cor-

rectur von Seite des Ministers Baross kaum ausbleiben wird». So sehr die Kenntnis der ungarischen Sprache erwünscht sei, könne der Mangel dieser Kenntnis keineswegs einen Ausschließungsgrund bilden.

(Im deutschen Reichstage) wurde Samstag die Debatte über das Socialistengesetz fortgesetzt. Der Bericht der Commission für die Wehrgesetz-Vorlage wird Mitte dieser Woche erstattet und wahrscheinlich Freitag die Debatte zur zweiten Lesung beginnen. Wie es in Berlin heißt, gedenkt Fürst Bismarck gleich am ersten Tage das Wort zu ergreifen und über die allgemeine Lage zu sprechen.

(Zur Situation.) Es verlautet, Sturdza's Besuch in Wien behufs einer neuerlichen Besprechung mit dem Grafen Kalnoky bezwecke, über die gleichfalls in Berlin erörterten Mittel zur Sicherung der Neutralität Rumäniens für den Fall einig zu werden, daß die bulgarische Frage einen ernstern Conflict herbeiführen sollte.

(Frankreich und Italien.) Ueber den Stand der französisch-italienischen Beziehungen wird aus Paris gemeldet, daß der dortige italienische Botschafter Menabrea Herrn Flourens gegenüber die Meinung aussprach, daß die Rückberufung der französischen Delegirten bedauerlich sei. Die italienische Regierung wünscht, daß die Vertragsverhandlungen wieder aufgenommen werden. Flourens antwortete, es wäre besser, die Verhandlungen von Cabinet zu Cabinet zu führen. Thatsächlich werden bereits in nächster Zeit Vorschläge der italienischen Regierung in Paris eintreffen, wodurch die Wiederaufnahme der Verhandlungen ermöglicht würde.

(Serbien.) Wie aus Belgrad geschrieben wird, hat der serbische Ministerpräsident und Kriegsminister, General Gruic, die Verfügung getroffen, daß sechs allen Waffengattungen der serbischen Armee entnommene Officiere zu ihrer weiteren Ausbildung nach Rußland, fünf nach Oesterreich-Ungarn und sechs nach Frankreich entsendet werden sollen.

(England.) Der parnellitische Deputierte Cox wurde vorgestern in Emis zu viermonatlichem Gefängnis verurtheilt. Cox meldete die Berufung an und wurde gegen Caution freigelassen. Beim Verlassen des Gerichtsgebäudes wurde derselbe jedoch wegen der in Rildhyart gehaltenen aufrührerischen Rede neuerdings verhaftet.

Tagesneuigkeiten.

Se. Majestät der Kaiser haben, wie der «Osservatore Triestino» mittheilt, zur Unterstützung der von Mißernte betroffenen Gemeinden der gefährdeten Grafschaft Görz-Gradiska 5000 fl. zu spenden geruht.

— (Wasserversorgung von Görz.) Die Görzer Wasserfrage dürfte jetzt, wie von dort gemeldet wird, infolge des Urtheils, welches ein namhafter deutscher Chemiker über das Wasser des Fozzo gefällt hat, in ein neues Stadium treten. Der Fachmann erklärte nämlich, daß das Wasser des Fozzo nicht als Trinkwasser verwendet werden könne, da es mit organischen Bestandtheilen so verunreinigt ist, daß es nicht einmal durch Filter, auf 200 Meter Entfernung geleitet, genießbar wird. Auch dürfte die Idria, welche, vom gleichnamigen Quecksilber-Bergwerke kommend, sich bei St. Lucia in den Fozzo ergießt, nicht ohne Einfluß auf die Verunreinigung des Fozzowassers mit Quecksilber-Bestandtheilen sein, wie dies der verminderte Fischstand im Flusse südlich von St. Lucia zeigt.

— (Kunstausstellung in München.) Im Jahre 1888 findet in München eine internationale Kunstausstellung statt, und wurde zur Förderung der Betheiligung österreichischer bildender Künstler an dieser Ausstellung in den Staatsvoranschlag pro 1888 ein Betrag von 5000 fl. eingestellt, welcher der Künstlergenossenschaft in Wien nach der verfassungsmäßigen Genehmigung zu dem gedachten Zwecke flüssig gemacht werden wird. Die österreichische Künstlergesellschaft, welche auf den Kunstausstellungen der letzten Jahre mit ihren Leistungen einen hervorragenden Platz eingenommen und allgemeine ehrenvolle Anerkennung gefunden hat, wird gewiß auch die heurige Ausstellung in München als willkommenen Anlaß benützen, die Früchte ihres Strebens und Schaffens einem internationalen Publicum vor Augen zu führen und Oesterreichs Kunstleben bei dieser Gelegenheit auch im Auslande neuerlich zur verdienten Geltung zu bringen.

— (Minister Gautsch und der italienische Schulverein.) Der Unterrichtsminister hat mehreren dalmatinischen Universitätsstudenten italienischer Nationalität in Graz und Wien die Stipendien entzogen, weil dieselben an die Ortsgruppe Zara des italienischen Schulvereines «Pro patria» anlässlich ihrer Gründung Begrüßungstelegramme gerichtet hatten.

— (Der Marburger Turnverein) sieht seinen seit Jahren gehegten Wunsch nach Errichtung einer großen städtischen Turnhalle endlich verwirklicht und hofft, dieselbe schon in diesem Frühjahr beziehen zu können.

— (Schiffs-Zusammenstoß.) Mehrere Journale melden, daß der französische Handelsdampfer «Suez» Freitag morgens vor Tagesanbruch bei Vissabon von einem deutschen Schiffe angerannt worden sei. Neunzehn Personen sollen ertrunken sein, zwölf konnten Vissabon erreichen.

— (Auch ein Kauf.) «Ich sage Ihnen, ich habe jetzt so lange kein Bier oder Wein mehr getrunken, daß ich jetzt schon bezechet werde, sobald ich — einen Stoppelzieher sehe.»

Vocal- und Provinzial-Nachrichten.

Krainischer Landtag.

Sitzung vom 23. Jänner.

Der krainische Landtag hielt, wie unseren Lesern bereits bekannt, am 23. d. M. die Schlußsitzung ab. Nach Verlesung des Protokoll der letzten Sitzung und Mittheilung des Einlaufes durch den Vorsitzenden, Landespräsidenten Baron Winkler die Interpellationen in betreff der Ausschreitungen in Gottschee. Die Interpellation der Abgeordneten Dr. Poklukar und Genossen beantwortete der Herr Landespräsident in slovenischer Sprache wie folgt: Auf die Interpellation, welche die Herren Landtagsabgeordneten Dr. Poklukar und Genossen in der vierten Sitzung des hohen Landtages am 7. Dezember v. J. bezüglich der Ausschreitungen, die sich in Gottschee anlässlich der dortigen letzten Landtagswahl ereigneten, an die k. k. Landesregierung gerichtet haben, beehre ich mich, Folgendes zu antworten: Den diesfalls eingeleiteten Erhebungen zufolge haben thatsächlich Ausschreitungen stattgefunden, indem sich nämlich nach dem Bekanntwerden des Wahlergebnisses jener Partei, welche bei der Wahl unterlegen war, eine gewisse Aufregung bemächtigte, so daß sich in den Straßen Leute ansammelten, die sich in Drohungen gegen die Wähler des gewählten Abgeordneten ergingen und etliche Wertgegenstände ihren Unwillen auch dadurch an den Tag legten, daß sie einige ihrer Gegner mit Eiern und Schmutz bewarfen, auch einige Häuser besudelten, einem Professor die Fenster beschädigten u. s. w. Die k. k. Bezirkshauptmannschaft hat insofern nicht unterdrücken wollen oder nicht unterdrücken konnte, mit Hilfe der ihr zugebote gestandenen Gendarmerie allein das Nöthige zur Herstellung der öffentlichen Ruhe und Ordnung verfügt, zugleich gegen die Ruhestörer, insofern dieselben eruiert werden konnten, die Untersuchung eingeleitet und einen Gemeinde-Polizeidiener, welcher sich selbst an den Ausschreitungen betheiligte, zu vier Tagen Arrest, den Buchhalter der dortigen Sparcasse aber zu einer Geldstrafe von 20 fl. verurtheilt. Die k. k. Bezirkshauptmannschaft forderte auch den Gemeindevorsteher auf, gegen den erwähnten Polizeidiener die Disciplinaruntersuchung einzuleiten, insofern derselbe am 3. Dezember v. J. aus dem Dienste entlassen wurde. Dieses Vorgehen der k. k. Bezirkshauptmannschaft führte denn auch die baldige Beruhigung der Bevölkerung herbei. Bei künftigen Wahlen wird es Sache der politischen Behörden sein, die Wiederholung derartiger Unzukömmlichkeiten zu verhindern.

Die Interpellation der Abgeordneten Deschmann und Genossen beantwortete der Herr Landespräsident in deutscher Sprache wie folgt: Nun beehre ich mich zugleich, die von dem Herrn Abgeordneten Deschmann und Genossen in der 5. Landtagsitzung vom 12. Dezember v. J. in der gleichen Angelegenheit gestellte Interpellation zu beantworten wie folgt: Ich hatte bereits die Ehre, hier im hohen Hause gleich nach Verlesung dieser Interpellation zu erklären, daß in der fraglichen Wahlangelegenheit irgend eine Einflußnahme von Seite der Landesregierung zu Gunsten eines oder des anderen Kandidaten nicht stattgefunden hat. Was die nach dem Tenor der Interpellation von Regierungsorganen betriebene Wahl-agitation betrifft, so bestand letztere nach den gepflogenen Erhebungen darin, daß der Bezirkshauptmann in einer vertraulichen Besprechung den dortigen l. f. Bezirks-Thierarzt fragte, welchem Kandidaten er seine Stimme geben werde, und ihm auf dessen Antwort, er werde, da er im beständigen Verkehr mit der Stadtbevölkerung sei, auch für den von der städtischen Bevölkerung aufgestellten Kandidaten stimmen, bemerkte, es würde ihm als l. f. Beamten nicht recht anstehen, einem nicht regierungsfreundlichen Kandidaten die Stimme zu geben, insofern dessen sich der gedachte Bezirks-Thierarzt der Wahl enthielt, und andererseits darin, daß ein zweiter Beamter der Bezirkshauptmannschaft die gleiche Frage an einen Steueramtsadjuncten richtete, die dieser damit beantwortete, er könne als Gottscheer nicht anders als für den deutschen Kandidaten stimmen, worauf der bezirks-hauptmannschaftliche Beamte noch beifügte, er für seine Person könne diesen Kandidaten, welcher notorisch der oppositionellen Richtung angehöre, als einen wünschenswerten Abgeordneten nicht betrachten. Der besagte Steueramtsadjunct stimmte denn auch für den deutschen Kandidaten. Die Behauptung, der erstere Beamte habe geäußert, daß jene Beamte, welche nicht für den Gegencandidaten stimmten, in Disciplinaruntersuchung gezogen zu werden verdienen, bezeichnet derselbe als eine tendenziöse Erfindung. Die weitere Behauptung, es habe ein anderer politischer Beamter, ver-

eint mit einem Gymnasial-Professor, den Gastwirt Johann Oberman unter Versprechung eines Gelbbetrages bis zu 50 fl. für den nationalen Candidaten gewinnen wollen, wird von beiden gleichfalls als eine Erfindung erklärt; diese Behauptung erscheint übrigens noch weniger glaubwürdig, wenn man die Vermögensverhältnisse des einen wie des andern der beiden Staatsdiener in Betracht zieht. Derselbe Gymnasial-Professor bezeichnet zugleich die ihm in den Mund gelegte Aeußerung, «daß diesmal den Gottscheern ihre Tausende nichts geholfen haben», als Unwahrheit. Anlangend den nach der Wahl angeblich in einem öffentlichen Locale vorgefallenen Wortwechsel zwischen dem städtischen Sparcasse-Buchhalter und einem Steueramtsbeamten, wobei letzterer einen Revolver zog und seinem Gegner mit dem Erschießen gedroht haben soll, ist zu bemerken, daß der heftige Wortwechsel nicht in einem Locale, sondern auf öffentlicher Straße stattfand, wo der Steueramtsbeamte mit einem Collegen ruhig promenierte, daß der Wortwechsel dadurch entstand, daß der Buchhalter sich ohne eine besondere Veranlassung mit drohender Miene den beiden Beamten entgegenstellte und sie fortgehen ließ, da dort für sie kein Platz sei, daß der eine Beamte seinen Revolver — den er übrigens zu tragen berechtigt ist — erst dann zog, nachdem sich der Sparcasse-Buchhalter an ihm vergriffen hatte, und daß dieser eben wegen dieses Excesses, wobei er sich unter anderm auch die Aeußerung erlaubte: es werde nicht Ruhe werden, wenn nicht hinter jedem der 13 Beamten (Wähler des Gegencandidaten) ein Gendarm stehen werde — von der Bezirkshauptmannschaft auf Grund von Zeugenaussagen, wie bereits erwähnt, zu einer Geldstrafe von 20 fl. verurtheilt wurde. Daß die k. k. Bezirkshauptmannschaft Gottschee eine Parteinahme für den slovenischen Candidaten durch Verabfolgung doppelter Wahlzettel bewiesen habe, und daß überhaupt Duplicate ausgefolgt worden wären, ohne daß sich Wähler um selbe gemeldet hätten, wird von der Bezirkshauptmannschaft widersprochen, und erscheint ein solcher Vorgang auch nicht erwiesen. Nach dem Gesagten liegt — vorbehaltlich der näheren Prüfung der dem erwähnten Professor zur Last gelegten Ehrenbeleidigung — kein Anlaß vor, gegen Regierungsorgane, denen doch gesetzlich das Wahlrecht zusteht und denen darum das Recht der freien Meinungsäußerung über die Eignung der verschiedenen Candidaten wenigstens in den eigenen Kreisen nicht abgesprochen werden kann, wegen der in der Interpellation angeführten angeblichen Ausschreitungen derselben irgend etwas zu verfügen. Daß die k. k. Gendarmerie durch mehr als eine Woche nach der Wahl zur Hintanhaltung von Ruhestörungen in der Stadt Gottschee aufgeboten wurde, kann nur als eine zweckentsprechende und notwendige Maßregel der Bezirkshauptmannschaft angesehen werden, da die Gemeinde ihrerseits die durch drei Tage dauernden Unruhen in der Stadt nicht selbst unterdrückt und übrigens an den Unruhen auch eines ihrer Sicherheitsorgane sich betheiligt hat. Auf die Frage, welche Haltung die Regierung gegenüber der durch die slovenische Presse betriebenen Verhöhnung der slovenischen Bevölkerung gegen die deutschen Gottscheer, namentlich in der Richtung, daß die k. k. Bezirkshauptmannschaft von Gottschee nach Reifnitz verlegt und das Gottscheer Gymnasium aufgehoben werde, einzunehmen gedenke, kann nur die Antwort ertheilt werden, daß eine Maßregelung der Presse bloß auf Grund des Gesetzes stattfinden kann, und daß in dem vorliegenden Falle Maßnahmen gegen die slovenische Presse umsoweniger notwendig oder zulässig erscheinen, als die Folgen einer angeblichen Verhöhnung der Slovenen durch dieselbe gegen die deutschen Gottscheer nirgends sichtbar sind und eine Hinweisung auf die Verlegung der Bezirkshauptmannschaft von Gottschee nach einem anderen Orte oder auf die Aufhebung des Gottscheer Gymnasiums, da bekanntlich weder das eine noch das andere beabsichtigt wird oder beabsichtigt wurde, von niemandem ernst genommen werden kann und niemanden zu beunruhigen geeignet ist.

In der hierauf folgenden geheimen Sitzung wurden aus Anlaß des 40jährigen Kaiserjubiläums 20 000 fl. für die Errichtung von 28 Siechenstipendien votiert, welche der Landesauschuß für die Siechen auf dem Lande zu verwenden haben wird. In die Deputation, welche Seiner Majestät dem Kaiser die Glückwünsche des Landes Krain zu übermitteln und um die Betheiligung des Kronprinzen Rudolph und der Kronprinzessin Stefanie zu ersuchen haben wird, wofür dem Landesauschuße der erforderliche Credit bewilligt wurde, wurden der Herr Landeshauptmann Graf Thurn und die Abgeordneten Dr. Poklukar und Baron Schwegel gewählt.

Hierauf kam eine Petition der Gemeinden Sagor, Arzise und Kotredež um Intervention wegen des aufzulassenden Kohlenwerkes Sagor zur Verhandlung, und wurde einstimmig der Beschuß gefaßt, die Regierung dringendst zu ersuchen, die von der Nordbahn der Drauer Kohle ungesetzmäßig gewährten Tarifermäßigungen aufzuheben und das Nothwendige zu veranlassen, daß sich dieser gesetzwidrige, für die Kohlenwerke Krains verderbliche Vorgang nicht mehr erneuere.

Nach einer langen Debatte über die Anträge des Gemeinde-Auschußes inbetreff der Aufhebung der Gemeindegesetz-Novelle vom Jahre 1869 und Reactivierung der §§ 1, 3 und 4 sowie § 2 des ersten Absatzes der

Gemeinde-Ordnung vom Jahre 1866, ferner der Anfügung eines Beisatzes, wonach die imperative Vereinigung von lebensunfähigen Gemeinden durch ein Landesgesetz erfolgen kann, wurde bloß die Aufhebung der Novelle vom Jahre 1869 und die Reactivierung der §§ 1—4 der Gemeinde-Ordnung, jedoch ohne obigen Beisatz, beschloffen.

(Schluß folgt.)

— (Aus dem Landes-Schulrath.) Ueber die am 20. d. M. stattgehabte Sitzung des k. k. Landes-Schulrathes für Krain erhalten wir folgenden Bericht: Nach Eröffnung der Sitzung durch den Herrn Vorsitzenden wurden durch den Schriftführer die seit der letzten Sitzung im currenten Wege erledigten Geschäftsstücke vortragen. Diese wurden zur Kenntnis genommen und sodann zur Tagesordnung übergegangen. Mit Rücksicht auf den Stand der Blatterkrankungen in Laibach und das constatirte bedenkliche Umsichgreifen derselben unter der Schuljugend wurde, auch in Erwägung der andauernd tiefen Temperatur und der dadurch erhöhten Empfänglichkeit der Schuljugend für eine Ansteckung, endlich bei dem Umstande, als der ordentliche Semestralabschluss ohnedies bevorstehend, die Schließung der Mittelschulen und der Lehrer- und Lehrerinnen-Bildungsanstalt in Laibach und damit gleichzeitig der Schluß des laufenden Semesters mit 21. Jänner verfügt und hievon dem k. k. Stadtschulrath behufs der gleichartigen Verfügung bezüglich der ihm unterstehenden öffentlichen und privaten Volksschulen Mittheilung gemacht. Die Veretzung zweier Oberlehrer aus Dienstesrücksichten wurde ausgesprochen. Die vom Bezirksschulrath Gurkfeld beantragte Regulierung der Schulpfengel im Steuerbezirke Landstraß mit den Schulorten Hl. Kreuz, Puschendorf, Landstraß, St. Bartelmä, Pleterjach, Drehovca und Gallhof wurde genehmigt. Die Errichtung einer einclassigen Schule in Steinwand im Bezirke Rudolfswert und die Bestellung eines Aushilfslehrers dortselbst wurde vorbehaltlich der Zustimmung des krainischen Landesauschußes genehmigt. Einem Recurse zweier Gemeinden bezüglich der Herstellung eines Wirtschaftsgebäudes bei der Schule wurde Folge gegeben. Der bisherige provisorische Lehrer an der einclassigen Volksschule in Dsilnik, Franz Pouše, wurde zum definitiven Lehrer dortselbst ernannt. Ueber mehrere eingebrachte Berufungen in Schulversäumnis-Straffällen wurden die entsprechenden Entscheidungen gefällt. Mehreren Religionslehrern an mehrclassigen Volksschulen wurden Remunerationen bewilligt, desgleichen mehreren Lehrpersonen für Ertheilung des landwirtschaftlichen Unterrichtes, beziehungsweise für Mehrleistungen im Unterrichte Remunerationen zuerkannt. Einem Uebungsschullehrer wurde die dritte Dienstalterszulage zuerkannt. Mehrere Gelbdaushilfsgesuche wurden der Erledigung zugeführt.

— (Personalanachricht.) Der im Ministerium des Innern in Verwendung stehende Bezirkscommissär Herr Heinrich Graf Attems wurde zum Ministerial-Vicesecretär im Ministerium des Innern ernannt. Graf Attems fungierte bekanntlich einige Zeit als Secretär des Präsidialbureaus der k. k. Landesregierung in Laibach.

— (Zum Wagner-Concert.) Aus einer großen Menge uns vorliegender Berichte österreichischer, deutscher und russischer Blätter über die Mitwirkenden an diesem Concerte heben wir nur Folgendes heraus. Ueber Fräulein Hauser sagt das «Fremdenblatt», sie sei «eine Vertreterin ersten Ranges des dramatischen Faches»; von der Pianistin Fräulein Ottilie Nagel sagt das «Wiener Tagblatt», sie habe sich «durch delicate Technik, noble Auffassung und künstlerisch durchdachten Vortrag im Sturme die volle Sympathie der Zuhörer errungen»; von Herrn Krause lobt die «Wosjische Zeitung» den «vollendeten Vortrag» und die «große Fülle und Schönheit seines volltönenden, kräftigen Organs», eines echten Bassbaritons von edlem Klang; Herrn Tiffero's Darstellung und Gesang als «Lohengrin» nennt die «Petersburger Zeitung» eine «Leistung von echt künstlerischem Werte».

— (Marienbruderschafts-Verein.) Die Generalversammlung dieses Vereines fand vorgestern vormittags im Magistratssaale in Anwesenheit von mehr als 250 Mitgliedern statt. Die Versammlung war, wie man uns berichtet, eine äußerst stürmische, und sofort bei der Verlesung des Protokoll der letztjährigen Generalversammlung versuchte ein Theil der Versammlung, die Debatte auf die Gebarung mit dem Vereinsvermögen zu lenken, was jedoch der Vorsitzende Herr Regali verhinderte. Nunmehr wurde der Rechenschaftsbericht über das verlossene Vereinsjahr vortragen. Die Einnahmen betragen 6131 fl. 48 kr., die Ausgaben 5986 fl. 51 kr., so daß ein Casserest von 144 fl. 97 kr. verblieb. Das Vereinsvermögen beziffert sich auf 25 129 fl. 23 kr. und hat sich gegen das Vorjahr um nahezu 400 fl. vermindert. Die Zahl der männlichen Mitglieder beträgt 661, jene der weiblichen 1894, zusammen daher 2555. Gestorben sind 91 Mitglieder und 52 Kinder derselben; neu beigetreten sind 147 Mitglieder. Anlässlich der Debatte über den Rechnungsabschluss entspann sich eine äußerst lebhafte Controverse, in welcher zahlreiche Mitglieder in scharfen Reden ihrem Mißtrauen gegen die Direction Ausdruck gaben und entschieden die Resignation des Vorstandes Herrn Regali und der gesammten

Direction, mit Ausnahme des Vicepräsidenten Herrn Anton Klein, verlangten. Die Reden der Herren Regali, Sturm, Dežman und Zupančič, womit dieselben die bisherige Vereinsleitung zu verteidigen suchten, wurden durch fortgesetzte Protestrufe unterbrochen. Vor Beginn der Wahl lehnten die bisherigen Ausschüsse: Gaspar Jemc, Johann Krašovic und Jakob Zupančič eine eventuelle Wiederwahl ab. Endlich wurde zur Wahl geschritten. Ein Antrag auf Wiederwahl der Direction wurde unter großem Tumulte abgelehnt. Gewählt erschienen die Herren: Gaspar Ačičin, Franz Je- ločnik, Mathias Kunc, Michael Pakič, Karl Sa- heiner und Adolf Reich. Nun gelangten die Anträge der einzelnen Mitglieder zur Verhandlung. Die Gebarung des früheren Ausschusses bezüglich der Lotterie für das »Marienheim« wurde einer so tumultuösen Discussion unterzogen, daß sich der Commissär, Herr Magistratsrath Jamida, veranlaßt sah, die Versammlung zu schließen.

(Die Slovenen und die confessionelle Schule.) Die »Südsteirische Post« meldet: »Den Antrag Viechtenstein unterschrieb von den slovenischen Abgeordneten deshalb nur Klun, weil nur dieser vom Hohentwart-Club in die Commission zur Verathung der Abänderung der Schulgesetze designiert wurde, daher nur er den Wortlaut des Antrages kannte. Da die slovenischen Abgeordneten die Tragweite der beantragten Abänderungen erst genau erwägen wollten, unterblieb die Unterfertigung seitens der übrigen Slovenen.»

(Gemeinderathssitzung.) Heute abends 6 Uhr findet eine öffentliche Sitzung des Laibacher Gemeinderathes mit folgender Tagesordnung statt: 1.) Mittheilung des Vorsitzenden. 2.) Bericht der Personal- und Rechtssection: a) betreffs Verleihung eines Invaliden-Stiftungsplatzes; b) betreffs Einführung der Taxen für die Ehemelbzettel; c) betreffs der Wahl zweier Mitglieder in die Commission zur Bemessung der Militärtaxen und zweier Mitglieder in die Assent-Commission. 3.) Bericht der Bausection: a) über die Eingabe der B. Seunig'schen Erben wegen Anfaufs des Ballhauses; b) betreffs Einschränkung der Fahrten in der Barmherzigergasse. 4.) Bericht der Schulsection: a) betreffs den Bau der neuen städtischen Volksschule; b) betreffs Verlängerung des Mietsvertrages für die Localitäten der ersten städtischen Knabenvolksschule; c) betreffs der Miets der Localitäten für die Morasttschule; d) betreffs Verleihung des ersten Platzes der Kaiser-Franz-Josef-Stiftung jährlicher 50 fl. für Realschüler. 5.) Bericht der Stadtverschönerungs-section betreffs der im Interesse der städtischen Anlagen erforderlichen Ernennung eines Gärtnergehilfen.

(Vom Tage.) Das Wetter ist hell und windstill; die Temperatur betrug heute um 7 Uhr früh 7.2 Grad C. Der Zugverkehr über den Karst wird anstandslos betrieben. Auf der Staatsbahn Divaca-Pola und Herpelje-Triest wurde hingegen der Gesamtverkehr wegen Schneeverwehungen eingestellt, doch dürfte derselbe heute wieder aufgenommen werden. — Wie uns aus Görz berichtet wird, herrschte dortselbst vorgestern nachts Bora und starker Schneefall. Die Post aus Wien ist ausgeblieben.

(Vodnik-Ball.) Wie alljährlich, findet auch heuer am 1. Februar in der Laibacher Citalnica ein Eliteball, der sogenannte Vodnik-Ball, statt. Der Kreis seiner Familien, die sich an Ballen und anderen Lustbarkeiten nicht betheiligen, ist zwar heuer bekanntlich größer, als in manchem früheren Jahre, nichtsdestoweniger sind wir überzeugt, daß der morgen stattfindende Vodnik-Ball sich den glänzendsten und vornehmsten Ballfesten unserer Stadt würdig anschließen wird.

(Stand der Blattern) am 28. Jänner: 46 Männer, 59 Weiber und 94 Kinder, zusammen 199 Kranke. Vom 28. bis 29. Jänner sind zugewachsen: 3 Männer und 2 Kinder, zusammen 5 Kranke. Davon sind in Abfall gekommen: durch Genesung 4 Männer, 3 Weiber und 6 Kinder, durch Tod 1 Mann und zwei Kinder, zusammen 16 Personen. Es verblieben demnach in Behandlung: 44 Männer, 56 Weiber und 88 Kinder, zusammen 188 Personen. Es hat somit der Zuwachs gegen den Vortag um 2, der Gesamttrankenstand um 11 Personen abgenommen.

(Aus Gurkfeld) schreibt man uns: Am 5. Februar findet in den Localitäten des hiesigen Besereines ein Concert mit reichhaltigem, interessantem Programm zu Gunsten des »Pädagogischen Vereines« statt. Dem Concerte wird sich ein Tanzkränzchen anschließen. Entrée per Person 80 kr., per Familie 1 fl. 50 kr. Anfang um 8 Uhr abends.

(Schadenfeuer.) Aus Rudolfswert berichtet man uns: Am 22. d. M. nachts ist in der Kaise des Besitzers Johann Stangl in Rakovnik Feuer ausgebrochen, welches durch die rechtzeitige Hilfe der Nachbarkleute bald gelöscht wurde; hiebei ist jedoch die daselbst wohnende 87 Jahre alte Auszüglerin und Mutter des Beschädigten, Agnes Stangl, verbrannt und wurde vom Besitzer Josef Jenič aus Rakovnik als Leiche herausgezogen. Der durch das Feuer verursachte Schaden wurde auf 5 fl. geschätzt, und war der Beschädigte mit 195 fl. assicuriert. Das Feuer dürfte dadurch zum Ausbruche gekommen sein, daß die Berunglückte, welche die Kaise allein bewohnte, ob der grimmbigen Kälte in der

Stube Feuer anmachte, dabei einschief und hiedurch veranlaßte, daß das Strohlager Feuer fieng.

(Herr Dr. Homann) ist für die Dauer der Blattern-Epidemie zum behandelnden Arzte im städtischen Nothspitale ernannt worden. Derselbe besucht auch in häuslicher Pflege belassene Blatternkranke.

(Der Friedhof zu St. Christoph) ist aus sanitären Rücksichten für den allgemeinen Besuch gesperrt worden.

Neueste Post.

Original-Telegramme der »Laibacher Ztg.«
Wien, 30 Jänner. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde die Vorlage, betreffend die Einberufung der Reservisten zu einer sieben-tägigen Waffenübung, einstimmig zum Beschlusse erhoben. Sodann wurde die Debatte über die Zuckersteuer fortgesetzt. Nächste Sitzung morgen.

Wien, 30. Jänner. Die Junggezeiten constituirten sich als »Club der unabhängigen Junggezeiten«.

Berlin, 30. Jänner. Der Reichstag wies das Socialistengesetz einer besonderen Commission zu. Abg. Karborff sprach sich namens der Reichspartei gegen die projectierte Expatriierung von Socialisten aus. Windthorst kündigte Milderungsanträge an.

London, 30. Jänner. Der »Standard« legt der Rede des Ministerpräsidenten von Tisza eine große Bedeutung bei. Es sei vielleicht etwas Neues in der Geschichte Oesterreich-Ungarns, daß seine Politik sich mit der populären Sache der nationalen Freiheit verknüpfe; daher müsse jeder Engländer ohne Unterschied der Partei mit Oesterreich-Ungarn sympathisiren. Der Balkanwächter sei der Vorkämpfer der Freiheit in Ost-Europa. Das sei eine höchst lobenswürdige Rolle, welche Oesterreich-Ungarn eine moralische Stärke verleihe, die es niemals vorher genossen. Je mehr England die Erhaltung des Friedens schätze, desto mehr werde es bereit sein, die Hand Oesterreich-Ungarns zu stärken. Die Rede des Herrn von Tisza werde in England mit ungetheilter Befriedigung gelesen werden. England wünsche Bulgarien unter der Regide der großen Militärmächte Mitteleuropas wachsen und sich entwickeln zu sehen.

Philippopol, 30. Jänner. Prinz Ferdinand reiste heute morgens nach Radnemahale und Staradajora ab.

Barna, 30. Jänner. Die Pforte hat ihren Botschafter in Petersburg, Schafir Pascha, beauftragt, von der russischen Regierung Aufklärungen über die angeblichen kaukasischen Truppenconcentrirungen um Erzerum zu verlangen. Die Berichte des türkischen Consuls in Tiflis enthalten keinerlei Andeutungen über diese Angelegenheit.

Newyork, 30. Jänner. Eine gewaltige Feuersbrunst zerstörte heute den Gebäudecomplex zwischen der Princessstreet und der Springstreet. Der Schaden beträgt über zwei Millionen Dollars.

Verstorbene.

Den 29. Jänner. Antonia Gräfin Auersperg, Herrschaftsbesitzer-Gattin, 42 J., Herrngasse 17, Typhus. — Anton Jagajner, Arbeiters-Sohn 4 1/2 J., Hühnerdorf 10, Blattern. — Johann Pothorn, Privatier, 87 J., Wienerstraße 13, Gehirn-lähmung. — Ursula Borghi, Landesgerichtsraths-Witwe, 68 J., Theatergasse 1, Gehirn-Apoplexie. — Maria Bidmar, Besitzers-Tochter, 8 Mon., Schwarzdorf 28, Auszehrung. — Alois Schmelter, Sesselmachers-Sohn, 4 1/2 J., Jakobsplatz 3, Blattern.

Im Spitale:

Den 27. Jänner. Maria Bečan, Inwohnerin, 53 J., Tuberculose. — Anton Janostar, Arbeiter, 88 J., Marasmus. — Katharina Fesih, Inwohnerin, 69 J., Lungenentzündung.
Den 28. Jänner. Johanna Hafner, Inwohners-Gattin, 50 J., Krebslachexie. — Magdalena Tarman, Inwohnerin, 74 J., Lungenentzündung. — Andreas Suhadolc, Arbeiter, 27 J., Polanastraße 42 (Spitalsfiliale), Blattern. — Maria Albrecht, Inwohnerin, 62 J., Herzfehler. — Aloisia Wolfsgruber, Inwohnerin, 37 J., Herzlähmung. — Josef Dribar, Arbeiter, 44 J., durch Erfrieren. — Martin Sebenik, Inwohner, 75 J., Marasmus.

Lottoziehungen vom 28. Jänner.

Triest:	66	35	44	48	70.
Linz:	78	49	64	83	73.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Jänner	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimeter auf 0° C. reducirt	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Ansicht des Himmels	Niederschlag binnen 24 St. in Millimeter
7	U. Mg.	734.2	-15.8	W. mäßig	bewölkt	
30.	2 » N.	732.9	- 5.8	SW. schwach	bewölkt	6.10
	9 » Ab.	732.9	- 6.4	W. schwach	Schneefall	Schnee

Morgens sehr kalt, dann bewölkt, später einzelne Sonnenblicke, gegen Mittag zunehmende Bewölkung; nachmittags seit 3 Uhr dünner Schneefall. Das Tagesmittel der Temperatur -9.3°, um 8° unter dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: J. Maglic.



Die Gefertigten geben schmerz erfüllt Nachricht von dem Hinscheiden ihrer innigstgeliebten Mutter, respective Schwieger- und Großmutter, der wohlgebornen Frau

Orsoline Borghi

Landesgerichtsraths-Witwe

welche nach langen, sehr schweren Leiden, versehen mit den heiligen Sterbesacramenten, am 29. d. M. um halb 12 Uhr nachts im Alter von 69 Jahren sanft im Herrn entschlafen ist.

Die irdische Hülle der theuren Verbliebenen wird Dienstag, den 31. d. M., um 5 Uhr nachmittags im Trauerhause Theatergasse Nr. 1 feierlichst eingeseget und nach dem Südbahnhofe zwecks Ueberführung nach Sessana gebracht, woselbst sie Mittwoch, den 1. Februar, um 11 Uhr vormittags auf dem Ortsfriedhofe im Familiengrabe beigesetzt wird.

Die heil. Seelenmessen werden in der Pfarrkirche Maria-Verkündigung gelesen.

Laibach, 30. Jänner 1888.

Josef, Michael, Mojine, Elise, Clementine Borghi. — Eugenie, Schwägerin. — Josefine, Stefanie, Entfinnen.



Bertha Scaria, f. l. Postmeisterin, gibt im eigenen und im Namen ihrer Geschwister Franz Scaria, f. l. Cabot-Stellvertreter im 97. Inf.-Reg., Carl, Helene, Natalie, Paula und Hermann gramgebend die Nachricht von dem Hinscheiden ihres theuren Vaters, des wohlgebornen Herrn

Carl Scaria

f. l. Rittmeisters a. D.

welcher am 30. Jänner 1888 um halb 7 Uhr abends nach schmerzvollen Leiden, versehen mit den heiligen Sterbesacramenten, im 74. Lebensjahre selig im Herrn entschlafen ist.

Die irdische Hülle des theuren Verbliebenen wird Mittwoch, den 1. Februar, um 4 Uhr nachmittags im Trauerhause gehoben und auf dem hiesigen Friedhofe im Familiengrabe beigesetzt werden.

Die heiligen Seelenmessen werden in der Pfarrkirche hieselbst gelesen werden.

Um stilles Weileid wird gebeten.

Krainburg am 31. Jänner 1888.

Beerdigungsanstalt des Franz Döberler.

Das Leichenbegängnis der hochgeborenen Frau

Antonia Gräfin Auersperg

geborenen Freiin von Schmidburg

Sternkreuzordensdame

findet Mittwoch, den 1. Februar 1888, um 9 Uhr vormittags von der Friedhofkapelle zu St. Christoph aus statt.

Leo Graf Auersperg

f. f. Kämmerer.

Table with multiple columns listing various financial instruments, bonds, and stocks with their respective prices and exchange rates.

Amtsblatt zur Laibacher Zeitung Nr. 25.

Dienstag den 31. Jänner 1888.

(498) Präs.-Nr. 1207. Kundmachung. Auf Grund des § 301 der Strafprozess-Ordnung...

(483-2) Nr. 1650. Bezirks-Wundarztesstelle. In Brunnendorf ist die Bezirks-Wundarztesstelle...

forgung des Sanitätsdienstes im Sanitäts-District St. Marein auch noch die weitere Remuneration per 180 fl. verbunden.

(518a-1) Präs.-Nr. 1284. Kundmachung. Bei dem k. k. Oberlandesgerichte in Graz ist eine Rathesstelle in Erledigung gekommen.

(343-2) Kundmachung. Bei der commissionellen Eröffnung der Retourbriefe vom I. Semester 1887 wurden die in dem nachstehenden Verzeichnisse angeführten Briefe wegen ihres Wertinhaltes von der Verteilung ausgeschlossen.

Table with columns: Zahl, Aufgabsort, Name des Absenders, Name des Adressaten, Bestimmungsort, Einschluß, Wert, Porto. Lists return letters and their details.

Anzeigebblatt.

Hausfrauen! Kauft Steinkohle nur in plombierten (versiegelten) Säcken...

(418-3) Nr. 6374. Curatorbestellung. Vom k. k. Bezirksgerichte Wippach wurde behufs Behändigung des Bescheides...

(92-3) Nr. 4719. Edict. zur Einberufung der Verlassenschaftsgläubiger. Von dem k. k. Bezirksgerichte Seisenberg werden diejenigen, welche als Gläubiger...

Geographisches Panorama im neuen Schleimer'schen Hause. Auf vielseitiges Verlangen des geehrten p. t. Publicums findet eine Wiederholung sämtlicher 12 Serien statt, doch jede Serie nur zwei Tage. Bis incl. Mittwoch: Prachtvolle Reise durch die Schweiz mit einer Besteigung des Montblanc.

(400-2) Nr. 64. Curatorbestellung. Vom k. k. Bezirksgerichte Tschernembl wird der unbekannt wo befindlichen Tabulargläubigerin Katharina Wajerle von Laibach Herr Peter Persche von Tschernembl zum Curator bestellt...

(471-2) Nr. 304. Erinnerung. An Stelle des unbekannt wo in Amerika befindlichen Johann Sever von Sela bei hl. Geist, Vormund des minderjährigen Josef Klemenčič von dort, wird Herr Martin Ramensel von Wöttling zum Curator ad actum bestellt...

(442-2) Nr. 245. Curatorbestellung. Vom k. k. Bezirksgerichte Tschernembl wird dem unbekannt wo befindlichen Tabulargläubiger Michael Zeljto von Tschernembl Nr. 245 Herr Peter Persche von Tschernembl zum Curator bestellt...

(467-2) Nr. 500. Erinnerung. Den verstorbenen Tabulargläubigern Mathias Golobič von Cerovec und der Anna Mihelčič von Semic, resp. deren unbekannt Erben und Rechtsnachfolgern, wird Herr Franz Stajer, k. k. Notar in Wöttling, zum Curator ad actum bestellt...

(306-2) St. 7561. Razglas. C. kr. okrajno sodišče v Velikih Lasičah naznanja, da se je neznano kje na Hrovaskem nahajajočemu se Janezu Lužarju iz Rupe postavil gosp. Niko Lenček, c. kr. notar v Velikih Lasičah, kuratorjem ad actum ter se mu vročil odlok z dne 20. decembra 1887, st. 7561, s katerim se je dovolila in odločila na dan 10. februvarja 1888...

(324-3) St. 9616. Razglas. Dovolila se je na prošnjo Antonije Hess iz Metlike (po gospodu Ant. Proseniku iz Metlike) izvršilna prodaja s pritiklinami na 930 gold. cenjenega, pod katastralno občino Bojanja Vas vložna st. 110 Janezu Zlogarju iz Krašnega Vrha st. 12 pripadajočega zemljišča, in se določuje dan na 11. februvarja in 10. marca 1888 od 11. do 12. ure dopoludne pri tukajšnji sodnji s pristavkom, da se more omenjeno zemljišče pri drugi dražbi pod ceno izvesti.